



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebshammer, Martina Fehlner, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Biosphärenreservat Spessart: Demokratisches Verfahren nicht torpedieren, Entscheidung der Region respektieren und unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den demokratischen Prozess in den Gebietskörperschaften Landkreis Main-Spessart, Landkreis Miltenberg, Landkreis Aschaffenburg sowie in der Stadt Aschaffenburg zur Entscheidung über den Antrag auf ein mögliches Biosphärenreservat Spessart nicht weiter zu torpedieren und die Bevölkerung nicht zu verunsichern. Stattdessen soll die anstehende Entscheidung der Region vor Ort respektiert und bei Bedarf unterstützt werden, z. B. durch angemessene Einbringung von Flächen der Staatsforsten in die Kernzone.

Begründung:

Vor zwei Jahren haben sich die Landkreise Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und die Stadt Aschaffenburg auf den Weg gemacht, gemeinsam die Chancen für ein Biosphärenreservat Spessart auszuloten und eine entsprechende Bewerbung bei der UNESCO zu prüfen. Die Region hat dabei ihre Lehren aus der Debatte um einen möglichen Nationalpark im Spessart gezogen, die damals für eine tiefe Spaltung der Bevölkerung gesorgt hat.

Begonnen wurde ein zutiefst demokratischer, kleinteiliger und sachlicher Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, der von einem umfassenden Austausch in und mit den 100 Städten und Gemeinden, die als Teil der Biosphärenregion infrage kommen, bestimmt ist. Eine zum Ende des vergangenen Jahres vorgestellte Machbarkeitsstudie bescheinigt der Region gute Chancen bei einer Bewerbung, betont aber auch, dass noch Fragen zum Alleinstellungsmerkmal und zur Fläche der Biosphärenregion zu klären sind.

Momentan befinden sich die Städte und Gemeinden in der Region in einem Entscheidungsprozess, in dem sie sich für und gegen die Bewerbung aussprechen und eigene Flächen zur Gesamtfläche des Biosphärenreservats beisteuern können. Knapp die Hälfte der Kommunen hat sich bereits entschieden und steht mit großer Mehrheit hinter dem Projekt. Mit einem Abschluss der Entscheidungsphase wird zum Jahresende gerechnet. Das Ergebnis wird zeigen, ob die Bevölkerung hinter den Plänen der Gebietskörperschaften steht und wie groß die Fläche der Biosphärenregion ausfallen kann.

Diese Entscheidung muss unbedingt von den Menschen vor Ort getroffen werden und darf nicht durch einseitige und darüber hinaus unsachliche Stellungnahmen von Mitgliedern der Staatsregierung beeinflusst werden. Die beteiligten Gebietskörperschaften sol-

len gemeinsam mit der Bevölkerung entscheiden dürfen, wie sie ihre Region weiterentwickeln wollen. Weitere Eingriffe in das kommunale Selbstverwaltungsrecht sind unbedingt zu vermeiden.